

# Die Armee ist zu schwach, ein Militärbündnis ist nötig

Zur Landesverteidigung ist die heutige Armee nicht mehr in der Lage. Wir müssen umdenken und uns militärisch verbünden – mit bilateralen Verträgen, schreibt alt Bundesrat Rudolf Friedrich

**F**ür die Schweizer Armee steht die klassische Landesverteidigung nach wie vor im Vordergrund. Untergeordnet kommen Hilfe bei Katastrophen und Auslandseinsätze dazu. Die Aufgaben zwei und drei sind lösbar. Verteidigung im klassischen Sinn jedoch, wie sie während des Zweiten Weltkrieges und im Kalten Krieg auf solider Basis praktiziert wurde, ist inzwischen höchst fragwürdig geworden.

Dass die heutige Armee mit ihrer derzeitigen Ausrüstung dazu nicht in der Lage ist, lässt sich kaum ernsthaft bestreiten. Mit dreiunddreissig modernen Kampfflugzeugen und ohne hochreichende Fliegerabwehrwaffen beispielsweise ist keine Luftverteidigung zu führen.

Man mag diesen Zustand vorläufig hinnehmen, weil eine Bedrohung im klassischen Sinn auf absehbare Zeit nicht in Sicht ist. Aber was, wenn sich diese doch wieder einmal einstellt? Ausgeschlossen ist das längerfristig nicht. Ewiger Friede bleibt wohl auch in Zukunft eine Illusion. Man hat für diesen Fall denn auch ein Konzept ausgearbeitet. Danach ist ein Kern von Verteidigungsbereitschaft zu gewährleisten, und von diesem Kern aus wäre gegebenenfalls ein Wiederaufbau einzuleiten.

Doch das ist kaum realistisch. Ein solcher Wiederaufbau würde nicht nur riesige Geldmittel, sondern auch eine lange Zeit erfordern. Bis nur einmal das Bestehen einer Gefahr von Regierung und Parlament offiziell festgestellt würde, vergingen bei unseren schwerfälligen politischen und institutionellen Mechanismen Jahre. Die Beschaffung neuer Waffen, die überwiegend im Ausland erfolgen müsste, beanspruchte – sofern solche in spannungsgeladener Zeit, da jeder für sich selber schaut, überhaupt noch erhältlich wären – weitere Jahre, und die Ausbildung daran erforderte nochmals Jahre.

Fazit: Wir kämen zu spät, so wie wir auch vor dem Zweiten Weltkrieg zu spät gekommen sind. Zudem ist der politische Wille, ein kriegstaugliches Instrument und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen, seit langem nicht mehr vorhanden. Wenn es ums Sparen geht – und das ist fast jedes Jahr der Fall –, kommt das Depar-

tement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) regelmässig zuerst an die Reihe. Das zeigt auch die Haltung des Chefs VBS in der Flugzeug-Frage deutlich, und daran hat die diesbezügliche Stellungnahme der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats vorerst nichts geändert.

**E**ntscheidend aber ist ein weiterer Umstand, der nicht mehr länger ausgeklammert werden darf. Eine autonome Landesverteidigung ist für einen Kleinstaat angesichts der modernen Waffentechnik gar nicht mehr möglich. Die andern europäischen Kleinen haben daraus die Konsequenzen gezogen. Sie haben die Gewichte von der selbständigen Landesverteidigung weg auf internationale Zusammenarbeit und Auslandseinsätze zur Friedenswahrung verschoben.

Das ist realistisch. Denn eine Bedrohung, wenn sie wieder einmal akut werden sollte, würde sich nicht gegen ein einzelnes Land richten, sondern wohl ganz Europa und damit auch die Schweiz in Brand setzen. Die Schweizerische Sicherheit ist aufs Engste mit der europäischen verbunden.

**D**iese Tatsachen erfordern ein grundsätzliches Umdenken. Weil unsere Sicherheit von der europäischen abhängt, verlangt die Logik, dass wir daran einen Beitrag leisten. Auslandseinsätze und gemeinsame Übungen mit anderen Ländern, namentlich jene der Luftwaffe, der Fliegerabwehr und einiger Stäbe, sind ein Anfang. Doch es braucht mehr; es braucht überhaupt eine andere Armee.

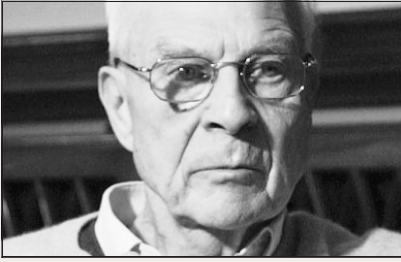
Es braucht beispielsweise keine drei Gebirgsbrigaden, keine Train-Kolonnen und keine Festungsgeschütze oben am Gotthard mehr. Sie wären in einem modernen Krieg nutzlos. Es braucht auch weniger Kampfpanzer und Artillerie. Eine kleinere Armee genügt. Es brauchte jedoch eine stärkere Luftwaffe. Es brauchte einen bis zwei auf Nato-Niveau ausgerüstete Verbände, die in einem europäischen Verbund einsetzbar wären, und dazu eine leichter bewaffnete Territorial-

truppe zum Raumschutz.

Das muss nicht zwingend den Nato-Beitritt bedeuten. Man könnte auch an ein Modell denken, das den bilateralen Verträgen mit der EU nachgebildet wäre. Zusammenarbeit aber muss langfristig vorbereitet und kann nicht im Notfall improvisiert werden. Zeit steht uns aufgrund der gegenwärtigen Bedrohungslage glücklicherweise zur Verfügung, und vorerst geht es auch nicht um Details. Aber es geht um die Anerkennung der heutigen Realitäten und damit um den definitiven Abschied vom langjährigen *Reduit*-Denken sowie von einer dogmatischen Neutralität.

Alt Bundesrat Kaspar Villiger hat als damaliger Chef des Militärdepartements schon im Jahr 1993 in einem Vortrag in weiser Voraussicht ausgeführt: «Wo unsere Sicherheit nur durch Zusammenarbeit gewährleistet werden kann, ist diese Zusammenarbeit in die Wege zu leiten.» So weit ist es jetzt.

## Rudolf Friedrich



DOMINIC BÜTTNER

Rudolf Friedrich (\*1923) war von 1982 bis 1984 Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Der Jurist und frühere Zürcher FDP-Präsident stammt aus einer Industriellenfamilie. Nach seinem gesundheitsbedingten Rücktritt verzichtete er auf seine Bundesrats-Pension.